

# Umweltschutz ausgebremst

## Bundesregierung vermeidet klare Stellungnahme zu Pestizideinsatz

*Ralf Wurzbacher*

---

Glyphosat – nicht gefährlich? Von wegen: Die »einsame« Entscheidung von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), eine fünfjährige Zulassungsverlängerung für das weltweit meist verbreitete Ackergift auf EU-Ebene im Namen der Bundesregierung zu ermöglichen, hat ein erstes Opfer gekostet: Markus del Fabbro, Gemeinderatsmitglied und 3. stellvertretender Bürgermeister im oberbayerischen Bernried, hängt sein CSU-Parteibuch an den Nagel. Er finde es traurig, dass das »C« im Namenszug immer häufiger hinten ansteht, wenn es um wirtschaftliche Belange gehe, begründete er den Schritt. »Die Schöpfung und die Natur zu erhalten, sollte eigentlich im ureigensten Interesse aller Menschen liegen«. Man stelle sich vor, andere folgten seinem Beispiel. Wer oder was erhält dann noch die CSU?

Am Mittwoch war Glyphosat Thema im Bundestag. Die Grünen und die Linkspartei brachten Anträge ein, die ein schnellstmögliches Verbot des Totalherbizids auf nationaler Ebene einfordern. Vorbild ist Frankreich, dessen Staatspräsident Emmanuel Macron einen Ausstieg binnen drei Jahren angekündigt hat. Die Grünen wollen den Einsatz des Unkrautvernichters für den privaten Gebrauch und auf öffentlichen Flächen sofort untersagen und größtmögliche Anwendungsbeschränkungen für landwirtschaftliche Bereiche erwirken. Die Linke tritt für ein unverzügliches Aus per Gesetz ein und empfiehlt bis zu dessen Inkrafttreten Sofortmaßnahmen, um »gesundheitliche und ökologische Gefahren und Risiken für Mensch und Tier auszuschließen«. Auch die SPD spricht für einen raschen Ausstieg, während die FDP eine wissenschaftsgeleitete nationale Strategie für den Umgang mit dem Pestizid vorschlägt. Sämtliche Anträge wurden zur Beratung in den Hauptausschuss des Parlaments überwiesen.

Mit seinem »Ja« in Brüssel hat Schmidt persönlich bereits vor zwei Wochen nach seiner Auffassung »den Boden dafür bereitet, nationale Anwendungsbeschränkungen und Auflagen für Glyphosat zu erlassen«, zitierte ihn am Dienstag *Welt*-online. Es brauche eine »noch strengere, sachgerechtere Anwendung«, um den Einsatz weiter zu reduzieren. Ohne seine Zustimmung im EU-Berufungsausschuss hätte er all dies leichter und schneller haben können. Egal – der Mann gilt ohnedies als unzurechnungsfähig, seit er im »Alleingang« und gegen eine Weisung der Kanzlerin die ureigensten Interessen der deutschen Agroindustrie durchsetzte. Warum kommt eigentlich keinem der Gedanke, Angela Merkel (CDU) könnte über seinen Ausrutscher vorab im Bild gewesen sein? Gerade erst wurde bekannt, dass ihre Regierung in einem Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) die EU-Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA in ihrem Bestreben unterstützt hat, wissenschaftliche Studien zu den Gesundheitsrisiken von Glyphosat unter Verschluss zu halten.

Derweil zeichnet sich neuer Streit zwischen Umweltministerin Barbara Hendricks (SPD) und ihrem Ministerkollegen Schmidt ab. Dabei geht es um die Verwendung sogenannter Neonicotinoide, die für das Bienensterben mitverantwortlich gemacht werden. In der Landwirtschaft werden sie als Saatgutbeizmittel eingesetzt, um Schädlinge zu bekämpfen, wobei sie ihre aggressive Wirkung auch gegen viele andere Insekten entfalten. »Bis jetzt sind wir uns da noch nicht einig«, äußerte sich Hendricks am Dienstag gegenüber der *ARD*. Am selben Tag nahmen die EU-Kommission und Vertreter der Mitgliedstaaten Beratungen zum Thema auf. Die Kommission hat einen Vorschlag für ein Totalverbot der Insektizide für alle Saatkulturen im Freien vorgelegt.

Offenbar betätigt sich die Bundesregierung auch hier als Bremser. Laut Schmidt sind die Empfehlungen zur Einschränkung der betreffenden Wirkstoffe »noch nicht entscheidungsreif«. Die Kommission beruft sich auf eine Neubewertung durch EFSA. Der entsprechende Abschlussbericht soll aber erst im kommenden Frühjahr vorgelegt werden. Schmidt hat für den Fall, dass dieser die Schädlichkeit der Neonicotinoide belegt, angekündigt, sich gegen eine weitere Zulassung der Stoffe auszusprechen. Ursprünglich sollte in Brüssel schon gestern über den Kommissionsantrag abgestimmt werden.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/323539.umweltschutz-ausgebremst.html>